



STELLUNGNAHME zum Antrag MfG-Ortschaftsratsfraktion	Vorlage Nr.: Verantwortlich:	458 Dez. 4
Haushaltsmittel für das Stadtteil-Kulturkonzept / Kulturpauschale		

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Ortschaftsrat Grötzingen	12.12.18	5	x	

Kurzfassung

Die Stadtkämmerei kann die Einführung einer Kulturpauschale generell nicht befürworten. In der tatsächlichen Umsetzung führt diese zu einem unverhältnismäßigen hohen Verwaltungsaufwand.

Finanzielle Auswirkungen (bitte ankreuzen)		☐	nein	☐	ja
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt		Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)	
Haushaltsmittel stehen (bitte auswählen) Kontierungsobjekt: (bitte auswählen) Ergänzende Erläuterungen:					
Kontenart:					
ISEK-Karlsruhe-2020-relevant	☐	nein	☐	ja	Handlungsfeld: (bitte auswählen)
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	☐	nein	☐	ja	durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	☐	nein	☐	ja	abgestimmt mit

(Nach der Maßgabe des Haushaltsgrundsatzes der Sparsamkeit sollen lt. § 77 Abs. 2 GemO Haushaltsmittel grundsätzlich nicht für unbestimmte oder unkonkrete Zwecke (Maßnahmen oder Veranstaltungen) bereitgestellt werden. Hierdurch wird sichergestellt, dass Finanzmittel nicht nur deshalb „beliebig“ ausgegeben werden, weil diese „einfach vorhanden“ sind. Für konkret formulierte Vorhaben besteht für Kulturschaffende bereits aktuell die Möglichkeit einen Antrag auf Förderung beim Kulturamt zu stellen; liegen die Fördervoraussetzungen vor, kann ein entsprechender Zuschuss gewährt werden.

Die vorhandenen Budgetmittel reichen nach den Erfahrungen der Vergangenheit aus. Eine darüber hinaus gehende Erhöhung oder teilweise Verlagerung in (bestimmte) Ortsteile erscheint weder sinnvoll noch gerechtfertigt. Konkret könnte darin eine einseitige Bevorzugung eines einzelnen Ortsteils gesehen werden, welche im Sinne einer Gleichbehandlung der Einwohnerinnen und Einwohner und Stadtteile nicht vertretbar ist. Gerade auch die im Antrag zitierte, vor langer Zeit eingeführte Investitionspauschale, wurde in der Vergangenheit von einzelnen Gemeinderatsfraktionen hinterfragt.

Grundsätzlich setzen sich Politik und Verwaltung dafür ein, dass alle Stadtteile und Einwohnerinnen und Einwohner in sämtlichen öffentlichen Aufgabenbereichen nach gleichen Maßstäben berücksichtigt werden. Dass über einzelne Prioritäten nicht immer Einstimmigkeit hergestellt werden kann, liegt in der Natur der Sache begründet.

Pauschalen für einzelne Fachaufgaben haben sich daher aus Sicht der Stadtkämmerei nicht bewährt und führen letztlich in der tatsächlichen Umsetzung zu einem unverhältnismäßigen hohen Verwaltungsaufwand.